

Nachstehend übersende ich Ihnen das Protokoll über die Sitzung des Rates am 24. April 2012.

Wiesmoor, 08.05.2012

Mit freundlichen Grüßen
Der Bürgermeister

Meyer

Lfd. Nr. 3

Protokoll
über die Sitzung des Rates der Stadt Wiesmoor
am 24. April 2012 im Sitzungssaal des Rathauses, Hauptstraße 193

Anwesend: a) die Mitglieder des Rates
Bürgermeister Alfred Meyer, Wilfried Ahlers, Robert Ahlfs, Edeltraud Benson, Christian Buß, Manfred Cordes, Frieda Dirks, Friederike Dirks, Benjamin Feiler, Jens Peter Grohn, Walter Harms, Ewald Hinrichs, Andreas Hölmer, Anke Janssen, Friedhelm Jelken, Karl-Dieter Jelken, Johannes Kleen, Ingo Lenz, Annemarie Martens, Alfred Marzodko, Helmut Meyer, Klaus-Dieter Reder, Heinz Saathoff, Horst-Richard Schlösser, Sven Schnau, Karl-Heinz Schröder, Wolfgang Sievers, Friedrich Völler, Edgar Weiss, Reiner Zigan

Entschuldigt fehlt: Jürgen de Buhr

b) Von der Verwaltung:

Leiter des Fachdienstes 3, Jens Brooksiek
Leiter des Fachdienstes 6, Johannes Bohlen
Leiter des Baubetriebshofes, Johann Burlager
Leiter des Fachdienstes 5, Horst-Dieter Schoon
Leiter des Fachdienstes 2, Gerold Schoon (zugleich als Protokollführer)

Beginn der Sitzung: 19.30 Uhr

Punkt 1: Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung u. d. Beschlussfähigkeit
Ratsvorsitzender Friedrich Völler eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass unter dem 12.04.2012 ordnungsgemäß zur Sitzung geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Ratsherr Edgar Weiss stellt zunächst den Antrag, den § 10 GO (6) während dieser Sitzung auszusetzen, da erhöhter Diskussionsbedarf besteht.

Dieser Antrag wird bei 4 Gegenstimmen abgelehnt.

Ansonsten wird die Tagesordnung so festgestellt.

Punkt 3: Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates am 05.03.2012

Das Protokoll konnte aufgrund der Erkrankung des Protokollführers nicht fertiggestellt werden.

Punkt 4: Bericht des Bürgermeisters gem. § 4 Ziff. e der GO

Der den Ratsmitgliedern vorgelegte und vorgetragene Bericht des Bürgermeisters wird Bestandteil dieses Protokolls.

Punkt 5: Neubildung des Verwaltungsausschusses

a) Der Verwaltungsausschuss wird gem. § 71 Abs. 2 Satz 2 – 7 und Abs. 3 in Verbindung mit § 75 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG nach dem Verfahren Hare-Niemeyer gebildet. Hiernach sieht die Sitzverteilung wie folgt aus:

Die SPD erhält 4 und die CDU 2 Sitze.

Gem. § 75 Abs. 1 Nr. 2 NKomVG können Fraktionen und Gruppen, auf die nach der Sitzverteilung nach Abs. 2 in einem Ausschuss keinen Sitz entfallen ist, ein zusätzliches Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss entsenden. Dieses ist bei der FDP-Fraktion der Fall. Für jede Ratsfrau und jeden Ratsherrn, die oder der dem Verwaltungsausschuss angehört, ist eine Vertreterin oder ein Vertreter zu bestimmen. Vertreterinnen und Vertreter, die der gleichen Fraktion oder Gruppe angehören, vertreten sich untereinander.

b) Blicke es bei den bisherigen Personen, ergäbe sich folgende Besetzung:

SPD	Friedrich Völler Johannes Kleen Karl-Dieter Jelken Edeltraud Benson	Vertreter: Jens Peter Grohn Vertreter: Heinz Saathoff Vertreter: Ewald Hinrichs Vertreter: Frieda Dirks
CDU	Friedhelm Jelken Walter Harms	Vertreter: Friederike Dirks Vertreter: Klaus-Dieter Reder
GfW (mit beratender Stimme)	Wolfgang Sievers	Vertreter: Edgar Weiss

Ratsherr Wolfgang Sievers gibt den Namen ihrer neuen Gruppe mit Gemeinsam für Wiesmoor FDP & Bündnis 90 Die Grünen an.

Die o.a. Zusammensetzung des VA wird vom Rat gem. § 71 Abs. 5 NKomVG einstimmig festgestellt.

Punkt 6: Neuwahl der/des stellvertretenden Bürgermeisterin/Bürgermeisters aus den Beigeordneten (§ 81 II NKomVG)

Für diesen Tagesordnungspunkt übergibt der Ratsvorsitzende Friedrich Völler die Leitung der Sitzung an den Ratsherrn Friedhelm Jelken.

Bei der Neubesetzung des Verwaltungsausschusses handelt es sich tatsächlich um eine Auflösung und Neubildung. Mit der Neubesetzung verlieren die Stellvertreter des Bürgermeisters ihre Funktion, da sie für den Moment der Neubesetzung nicht mehr Beigeordnete sind. Deshalb muss der Stellvertreter des Bürgermeisters neu gewählt werden.

Gem. § 81 Abs. II NKomVG wählt der Rat **aus den Beigeordneten** bis zu drei ehrenamtliche Vertreterinnen oder Vertreter des Bürgermeisters, die ihn unter anderem bei der repräsentativen Vertretung der Stadt vertreten. Sofern zwei oder drei Vertreter gewählt werden sollen, bestimmt der Rat die Reihenfolge der Vertretung, wenn sie denn bestehen soll. Es ist zunächst ein Beschluss über die Anzahl der ehrenamtlichen Vertreter des Bürgermeisters zu fassen. Bisher gab es einen ehrenamtlichen Vertreter (Friedrich Völler).

Nachdem sowohl von der SPD-Fraktion als auch von der CDU-Fraktion sowie von der Gruppe Gemeinsam für Wiesmoor FDP & Bündnis 90 Die Grünen signalisiert wird, dass auch weiterhin eine ehrenamtliche Vertreterin/ein ehrenamtlicher Vertreter des Bürgermeisters die Stadt repräsentativ vertreten soll, wird dies vom Rat einstimmig beschlossen.

Als einziger Kandidat wird sodann der bisherige stv. Bürgermeister Friedrich Völler vorgeschlagen.

Die Wahl hierzu erfolgt einstimmig. Ratsherr Friedrich Völler nimmt die Wahl erneut an.

Punkt 7: Neubildung der Fach- und sondergesetzlichen Ausschüsse

Hier: a) **Bildung der Ratsausschüsse**

- c
- b) **Bestimmung der Anzahl der Ausschusssitze**
 - c) **Besetzung der Ratsausschüsse**
 - d) **Berufung von weiteren Mitgliedern in die Ratsausschüsse**
 - e) **Zuteilung der Ausschussvorsitze**

a) Im § 71 Abs. 1 NKomVG ist der Grundsatz verankert, dass Ratsfrauen und Ratsherren zur Vorbereitung der Beschlüsse des Rates aus ihrer Mitte beratende Ausschüsse bilden können. Bislang gab es folgende Ausschüsse:

- den Ausschuss für Wirtschaft, Fremdenverkehr, Planung und Bau;
- den Ausschuss für Wege, Straßenverkehr, Entwässerung, Umwelt- und Feuerschutz;
- den Ausschuss für Jugend, Schule, Sport, Soziales und Kultur gem. § 110 NSchG/ AGKJHG;
- den Betriebsausschuss (vorher Werksausschuss) gem. § 140 Abs. 2 NKomVG (Baubetriebshof Wiesmoor)

Einstimmig beschließt der Rat die Bildung der o.a. Ratsausschüsse.

b) Bislang hatten der Ausschuss für Wirtschaft, Fremdenverkehr, Planung und Bau, der Ausschuss für Wege, Straßenverkehr, Entwässerung, Umwelt- und Feuerschutz und der Fachausschuss für Jugend, Schule, Sport, Soziales und Kultur neun Sitze. Eine Beschlussfassung über die Anzahl der Sitze ist erforderlich.

Die Besetzung des Betriebsausschusses ist durch die Betriebssatzung geregelt.

Bleibt es in den Fachausschüssen bei neun Sitzen, ergibt sich folgende Sitzverteilung:

SPD: 5
CDU: 3
GfW: 1

Die bisherige Anzahl der Ausschusssitze wird vom Rat einstimmig bestimmt.

c) Die Ausschüsse sollen jetzt wie folgt besetzt werden:

Ausschuss für Wirtschaft, Fremdenverkehr, Planung und Bau

CDU	Walter Harms, Vors. Klaus-Dieter Reder, stv. Vors. Reiner Zigan	Vertreter:	Friederike Dirks Sven Schnau Ingo Lenz
SPD	Jens Peter Grohn, Sprecher Jürgen de Buhr, stv. Sprecher Manfred Cordes Benjamin Feiler Robert Ahlfs	Vertreter:	Heinz Saathoff Johannes Kleen Andreas Hölmer Karl-Dieter Jelken Christian Buß
GfW	Edgar Weiss		Alfred Marzodko

Ausschuss für Wege, Straßenverkehr, Entwässerung, Umwelt- u. Feuerschutz

SPD	Karl-Dieter Jelken, Vors. Helmut Meyer, stv. Vors. Frieda Dirks Manfred Cordes Christian Buss	Vertreter:	Jens Peter Grohn Andreas Hölmer Robert Ahlfs Heinz Saathoff Anke Janssen
CDU	Annemarie Martens, Sprecherin Wilfried Ahlers Ingo Lenz		Friedhelm Jelken Reiner Zigan Sven Schnau
GfW	Alfred Marzodko		Edgar Weiss

Ausschuss für Jugend, Schule, Sport, Soziales und Kultur

SPD	Ewald Hinrichs, Vors. Heinz Saathoff, stv. Vors. Andreas Hölmer Anke Janssen Edeltraud Benson	Vertreter:	Friedrich Völler Helmut Meyer Jürgen de Buhr Benjamin Feiler Frieda Dirks
CDU	Friederike Dirks, Sprecherin Klaus-Dieter Reder Sven Schnau		Wilfried Ahlers Annemarie Martens Reiner Zigan
GfW	Horst-Richard Schlösser		Wolfgang Sievers

GRÜNE Karl-Heinz Schröder (beratendes Mitglied)

Einstimmig beschließt der Rat die Besetzung der Ratsausschüsse wie oben.

d) Weitere Mitglieder wurden nicht benannt.

e) In den Ausschuss für Jugend, Schule, Sport, Soziales und Kultur waren bislang gem. § 110 Niedersächsisches Schulgesetz je ein/eine VertreterIn der Lehrer, der Eltern und der Schüler berufen. Das Berufungsverfahren hierzu ergibt sich aus der Verordnung über das Berufungsverfahren für kommunale Schulausschüsse. Zusätzlich sind nach den Vorgaben des Ausführungsgesetzes zum Kinder- und Jugendhilfegesetzes mindestens zwei Mitglieder aus dem Bereich der Jugendhilfe in den Ausschuss zu berufen, und zwar einmal für die Jugendarbeit und einmal für die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten.

Gem. § 71 Abs. 7 NKomVG kann der Rat beschließen, dass neben Ratsherren und Ratsfrauen andere Personen, z.B. Mitglieder von Kommunalen Beiräten, jedoch nicht Gemeindebedienstete Mitglieder des Ausschüsse werden. Mindestens zwei Drittel der Ausschussmitglieder sollen Ratsfrauen oder Ratsherren sein. Die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder haben kein Stimmrecht. Zusätzlich wurde dieser Ausschuss um ein/ eine SportvertreterIn, ein/ eine VertreterIn der Freien Wohlfahrtsverbände und um ein/eine BehindertenvertreterIn ergänzt. Hierüber ist ein entsprechender Beschluss zu fassen.

Lehrervertreter/in: Stellvertreterin:	Manuela Loger Gerlinde Hayen
Schülervertreter/in:	Marcel Planteur
Elternvertreter/in der Schulen: Stellvertreter:	Imke Homes Manfred Hinrichs
Elternvertreter/in Kindertagesstätten:	Person noch nicht benannt
Vertreter/in Jugendarbeit:	Heiner Eisenhauer
Sportvertreter/in:	Ursula Schäfer-Krefter
Vertreter/in Wohlfahrtsverbände: Stellvertreter:	Rainer Münch Stefan Wolf
Behindertenvertreter/in:	Rüdiger Rull

Einstimmig beschließt der Rat sodann die o.a. aufgeführten weiteren Mitglieder in den Ausschuss für Jugend, Schule, Sport, Soziales und Kultur zu berufen.

f) Die Ausschussvorsitze werden nach dem d'Hondtschen Verfahren verteilt, wobei gleichzeitig der/ die Vorsitzende bestimmt wird (§ 71 Abs. 8 NKomVG). Die SPD-Fraktion kann demnach den ersten, die CDU-Fraktion den zweiten und die SPD-Fraktion wiederum den dritten Ausschussvorsitz nehmen. Die Fraktionen hatten der Verwaltung zur konstituierenden Sitzung mitgeteilt, dass die SPD den Vorsitz im Ausschuss für Wege, Straßenverkehr, Entwässerung, Umwelt- und Feuerschutz nimmt, Vorsitzender soll K.-D. Jelken, stellvertretender Vorsitzender Helmut Meyer sein. Die CDU-Fraktion benannte als

Vorsitzenden für den Ausschuss Wirtschaft, Fremdenverkehr, Planung und Bau Ratsherrn Walter Harms, stellvertretender Vorsitzender Klaus-Dieter Reder. Den Ausschussvorsitz im Ausschuss für Jugend, Schule, Sport, Soziales und Kultur übernahm laut Mitteilung der SPD-Fraktion Ratsherr Ewald Hinrichs, stellvertretender Vorsitzender wurde Ratsmitglied Heinz Saathoff.

Die Ausschussvorsitzende werden, wie oben genannt, besetzt.

Punkt 8: Konzessionsverträge Strom und Gas

Der BGM berichtet, dass die Konzessionsverträge abgeschlossen werden müssen, da die EWE die Netzdaten erst dann herausgeben muss, wenn alle Verträge der beteiligten Kommunen unterzeichnet sind, wobei Großheide sich nicht mehr beteiligt.

Der VA hat in seiner Sitzung am 16.04.2012 empfohlen, die vorliegenden Konzessionsverträge mit der Energienetz Ostfriesland GmbH abzuschließen.

Als nächstes werde die ENO sich einen strategischen Partner suchen.

Ratsherr Weiss bemerkt, dass er nur unter größten Schwierigkeiten den Vertragsentwurf erhalten habe.

Zum § 2 „Rechte und Pflichten“ Abs. 1 dieses Vertragsentwurfes stellt Ratsherr Edgar Weiss den anliegenden Änderungsantrag, die dann mögliche oberirdische Verlegung von Leitungen rauszunehmen.

Hierauf erwidert der Bürgermeister, dass die ENO sich zusammensetzt, aus den dem Landkreis angehörenden Kommunen soweit sie hieran Interesse haben.

Insofern wird der Aufsichtsrat der ENO sicher nicht beschließen, sich Techniken des letzten Jahrhunderts zu bedienen.

Auch Ratsfrau Friederike Dirks moniert in diesem Zusammenhang, dass die CDU-Fraktion die aktuelle Fassung der Konzessionsverträge noch nicht gesehen habe.

Auf Antrag vom Ratsherren Reder wird die Sitzung sodann für 10 Minuten unterbrochen (einstimmig).

Nach Wiedereintritt in die Sitzung um 20:36 Uhr beantragt Ratsherr Friedhelm Jelken die Vertagung dieses Tagesordnungspunktes auf die nächste Ratssitzung, da die zur Abstimmung stehenden Verträge derzeit nicht allen Ratsmitgliedern vorliegen.

Inklusive des Änderungsantrages von Ratsherrn Weiss beschließt der Rat einstimmig, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Punkt 9: Aufwandsentschädigung für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtlich tätige Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr hier: Satzungsbeschluss

Die Ehrenbeamten und ehrenamtlichen Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Wiesmoor erhalten für ihre Tätigkeiten eine Aufwandsentschädigung. Die zugrunde liegende Satzung ist im Jahre 1996 in Kraft getreten. Bis auf eine Euroanpassung sind die festgelegten Entschädigungsbeträge seit dieser Zeit unverändert geblieben.

In den letzten Jahren ist deutlich geworden, dass durch den gestiegenen Verantwortungs- und Zeitaufwand der einzelnen Tätigkeiten der verschiedenen Funktionsträger eine Neubewertung der jeweiligen Entschädigungsbeträge erforderlich ist. Einige Tätigkeiten und Verantwortlichkeiten sind erheblich ausgeweitet, ein Funktionsposten ist dagegen mittlerweile entbehrlich. In Absprache mit der Feuerwehrleitung wird seitens der Verwaltung darüber hinaus eine allgemeine Anhebung von rd. 10 % gegenüber dem Jahr 1996 für angemessen gehalten. Auch sind einige textliche Anpassungen vorzunehmen.

Eine rd. 10-prozentige Erhöhung der allgemeinen Entschädigungsbeträge sowie die Neubewertung einzelner Funktionsposten verursachen zusätzliche Kosten in Höhe von rd. 2.000,00 € jährlich. Eine Anpassung der Funktionsposten ohne allgemeine Erhöhung verursacht Mehrkosten in Höhe von rd. 1.000,00 € jährlich.

Die Verwaltung spricht sich für die erste Variante aus. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Haushalt 2012 eingeplant. Die nun vorgeschlagenen Entschädigungsbeträge sind an die der Stadt Aurich angelehnt, die im Jahre 2009 ihre Satzung angepasst hat. Ein Vergleich mit den umliegenden Landgemeinden ist nur begrenzt möglich. Diese besitzen im Gegensatz zu Wiesmoor keine Schwerpunktfeuerwehr, sondern viele kleine oder kleinste Ortsfeuerwehren. Die Anforderungen an die einzelnen Funktionsträger unterscheiden sich doch zum Teil recht erheblich.

Der VA hat in seiner Sitzung am 16.04.2012 einen entsprechenden Empfehlungsbeschluss gefasst.

Der Entwurf einer Neufassung der Satzung war der Vorlage beigefügt. Die bisherigen Entschädigungsbeträge sind zur Info in Klammern gesetzt.

Finanzielle Auswirkungen im Haushaltsjahr:		Ja Betrag: 1.500,00 € anteilig f. 3 Quartale	
Haushaltsmittel vorhanden	Deckung falls keine HH-Mittel vorhanden	Folgekosten/Jahr	Sonstiges
Ja Produktkonto: 12.6000. div. Konten	/.	Ja Betrag: 2.000,00 €	

Ohne weitere Aussprache beschließt der Rat einstimmig, die o. a. Satzung.

Punkt 10: Anfragen und Anträge gem. § 16 der GO

Es liegen folgende Anträge vor:

- a) Antrag Bündnis 90 / Die Grünen vom 27.11.2011 bezgl. zukünftiger Nutzung des Torhauses, Bekanntgabe am 23.01.2012 im VA, Verweisung an Planungsausschuss,
- b) Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 17.01.12 bezgl. der Straßenbeleuchtung (EWE-Vortrag), Bekanntgabe am 23.01.12 im VA, Verweisung an Fachausschuss im VA am 06.02.12, Wegeausschuss 19.04.2012, jetzt Planungsausschuss,
- c) Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 17.01.12 bezgl. Baumschutzsatzung, Bekanntgabe am 23.01.12 im VA, Wegeausschuss 19.04.2012, Vorschlag Nichtbefassung,
- d) Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 23.01.2012 bezgl. Straßenbeleuchtung Kastanienstraße, Bekanntgabe am 06.02.2012 im VA, Verweisung an Wegeausschuss im VA am 06.02.12
- e) Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 26.01.12 bezgl. Kanalbrücken Resedaweg/Amarylsweg, Bekanntgabe am 06.02.2012 im VA, Verweisung an Planungsausschuss,
- f) Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 03.02.2012 bezgl. Ratsinformationssystem, Verweisung an VA, behandelt im VA am 27.2.12 ,
- g) Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 06.02.2012 wegen Vortrag Hochspannungsleitungen, Bekanntgabe am 27.02.12 im VA, Verweisung an Planungsausschuss, Einladung hierzu umgehend,
- h) Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 17.03.2012 bezgl. Jahresabschlüsse, Bekanntgabe am 16.04.2012 im VA,
- i) Antrag von Ratsfrau Frieda Dirks zum Dorfplatz Marcardsmoor vom 09.01.12, hier eingegangen am 15.2.2012, Bekanntgabe am 27.02.2012 im VA, erledigt durch Haushalt 2012
- j) Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 17.02.2012 bezüglich Wettbewerb „Wettbewerb Nds. Klimakommune 2012“, Zuständigkeit auf Anfrage FD 6, Bekanntgabe am 27.02.12 im VA

- k) Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 21.2.12, hier eingegangen am 30.3.12, bezgl. Energieemissionsabgabe, lt. Herrn Brooksiek weitergeleitet an Nds. Städte- und Gemeindebund, ob generell zulässig, Bekanntgabe am 16.04.2012 im VA
- l) Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 21.2.12, hier eingegangen am 23.2.12, bezgl. Freileitungen / Haushalt, Bekanntgabe am 16.04.12 im VA, erledigt durch Haushalt 2012
- m) Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 29.03.12, hier eingegangen am 12.04.2012, bezgl. der Begehung des Hallenbades, Bekanntgabe am 16.04.12 im VA, Verweisung an den Schulausschuss,
- n) Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 13.04.12, hier eingegangen am 16.4.12, bezüglich Neubildung der Ausschüsse des Stadtrates, Bekanntgabe im VA am 16.04.2012, TOP Rat 24.04.2012
- o) Antrag Bündnis 90 / Die Grünen vom 13.4.12, hier eingegangen am 16.4.12, bezüglich Neubildung der Ausschüsse des Stadtrates, Bekanntgabe im VA am 16.04.2012, TOP Rat 24.04.2012
- p) Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 14.4.12, hier eingegangen am 16.4.12, bezgl. Resolution Torfabbau im Stadtgebiet Wiesmoor, Bekanntgabe im VA am 16.04.2012, TOP Rat 14.05.2012
- q) Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 16.4.12 bezgl. Resolution Hochspannungsleitungen Bekanntgabe im VA am 16.04.2012. Hierzu hat der Bürgermeister einen Resolutionsentwurf an alle Ratsmitglieder verteilt. Dieser soll als Beratungsgrundlage dann in den Fraktionen abgestimmt und schließlich verabschiedet werden.
Eine Behandlung als Tagesordnungspunkt soll schnellstmöglich im Planungsausschuss und dann am 14.05.2012 im Rat erfolgen.

Alle Anträge waren der Vorlage beigelegt.

Kommentierungen zu den Anfragen und Anträgen werden nach schriftlicher Vorlage des Protokolls ergänzt.

Punkt 11: Einwohnerfragestunde gem. § 17 der GO

Die anwesenden Einwohner werden von Ratsvorsitzenden ausdrücklich auf die Einwohnerfragestunde hingewiesen. Da keine Wortmeldung erfolgt, wird der Hinweis vom Ratsvorsitzenden wiederholt. Da auch jetzt keine Wortmeldung erfolgt, wird die Einwohnerfragestunde vom Ratsvorsitzenden geschlossen.

Ende der Ratssitzung: 21:21 Uhr

gez. Meyer
Bürgermeister

gez. Völler
Ratsvorsitzender

gez. Schoon
Protokollführer